

Weltfinanzsystem

Krisenmanagement in der Krise

Die Weltbank und ihre Tochterinstitutionen sowie der Internationale Währungsfonds werden begrifflich zusammengefaßt zur Spitze eines Weltfinanzsystems, das es eigentlich nicht gibt. Jedenfalls sind die Handlungsmöglichkeiten, die Verantwortlichkeiten und die Aufgabenerfüllung nicht zur Deckung zu bringen. Es gibt keine einheitlichen Strukturen und keine gemeinsam getragenen Zuständigkeiten.

Würden die reichen Länder die Leistungen finanzieren und die armen Länder und ihre Bevölkerungen davon profitieren, könnte man von einer gewollten und sozusagen noblen Inkongruenz sprechen. Die aktuellen Belastungen des Systems zeigen ein anderes Bild. In Asien und in Rußland werden die Armen ärmer, obwohl die größten Transferströme in so kurzer Zeit in der Geschichte der Weltfinanzinstitutionen in diese Regionen geflossen sind und weiter fließen.

Das Beispiel Rußland zeigt überdies, was speziell der IWF nicht leisten kann, und hätte er noch so viel Geld zur Verfügung: die Steuerung eines tiefgreifenden volkswirtschaftlichen Reformprozesses. Es ist auch nicht seine Aufgabe, genau so wenig wie die Beschaffung von Staatseinnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, wo die Finanzverwaltung eines Landes versagt. Das Angebot dieser international getragenen Finanzhilfen schafft sich fatalerweise eine Nachfrage, die weder mit den nationalen russischen, noch mit den Interessen der Geberländer identisch sind: die Leistungen fruchten nicht, sie versickern: zum kleinen Teil im Land, zum großen Teil in den Taschen der Spekulanten, die auf genau diese Hilfen setzen. (Die Kräfteverhältnisse zeigt die Tatsache, daß an guten Tagen an den Weltbörsen so viel umgesetzt wird wie im Welthandel mit Waren und Dienstleistungen im ganzen Jahr.)

Politisch motivierte Hilfe sollte offen als solche deklariert und ohne den Einsatz der Weltinstitutionen finanziert werden. Gut gemeinte Aktionen, die zwei- bis dreistellige Milliardenbeträge kosten, zerstören das Weltfinanzsystem, das – bei allen Mängeln – diese »Höchststrafe« nicht verdient hat.

Korruption

Schmierige Geschäfte

Selbst realitätszugewandte Lehrbücher der Volkswirtschaft weisen im Stichwortregister zwischen »Körperschaftsteuer« und »Kosten« eine Lücke auf. In den Modellen bestimmen Angebot und Nachfrage den Preis, der wiederum die Allokation der Güter und die Selektion der Wettbewerber steuert.

Beobachter der OECD, der Weltbank und mehrerer Nichtregierungsorganisationen (wie »Transparency International«) kennen eine weitere Einflußgröße, die vielfach sogar den Ausschlag gibt: die Höhe der Bestechungssumme. Statistiken stehen naturgemäß nicht zur Verfügung, eine Aussage von Experten, daß ein Drittel

aller Schulden der Dritten Welt auf direkte und indirekte Auswirkungen der Korruption zurückgeht, zeigt immerhin die Größenordnung des Problems.

Seit einiger Zeit stehen außer den Nehmern auch die Geber unter Beobachtung. Die rechtlichen Regelungen sind unbefriedigend, zumal Unternehmenssitz und Tatort selten im selben Land liegen. Vereinzelt werden öffentliche Ausschreibungen durch Korruptionsverzichtsklauseln ergänzt, die sogenannte Integritätsinseln schaffen (ein Versuch, wenigstens schrittweise voranzukommen).

Deutschland tut sich in diesem schmierigen Geschäft nicht eben rühmlich hervor, generell dürfen Bestechungsgelder außerhalb des öffentlichen Dienstes immer noch steuerlich geltend gemacht werden, und speziell wurde der Versuch, die Ausschreibung für den Flughafen Berlin-Brandenburg (nach dem Muster korruptionsanfälliger Staaten oder Regionen) durch eine Korruptionsverzichtsklausel zu ergänzen, vehement abgelehnt. In Rußland wird der »Beitrag« der Korruption zur wirtschaftlichen Leistung besonders deutlich.

In den USA, dem Mutterland des Korruptionsverbotes, droht ein Gesetzentwurf indessen amerikanischen Unternehmen und ihren ausländischen Tochterunternehmen Strafen auch für den Fall an, daß die »Facilitation« (die Geschäftserleichterung, sprich: Korruption) vollständig im Ausland stattfindet und in dem Land selber nicht verboten ist – ein weiterer »Export« amerikanischen Rechts (nach den »exterritorialen« Helms-Burton- und D'Amato-Gesetzen), der – bei allem Verständnis – aus übergeordneten Überlegungen heraus abzulehnen wäre.

Erdölmarkt

Angeschmiert

Das Erdölkartell OPEC entstand als Gegenmacht zu den multinationalen Erdölunternehmen (»Ölmultis«). Die Organisation trat in der Folgezeit aus der Defensive heraus und löste in den ölhungrigen Industrieländern einen Ölpreisschock aus, der zu autofreien Sonntagen und allerlei zu diesem Kalendertag passenden Reden führte. Die jüngste Entwicklung scheint in die Defensive zurückzuführen.

Die Preise je Barrel sind nur noch knapp im zweistelligen Dollar-Bereich, die Logik eines Preiskartells verlangt dringend Angebotseinschränkungen, aber genau dort liegt das Problem: Einerseits sind nicht alle wichtigen erdölexportierenden Länder Mitglieder des Kartells, andererseits sind die Interessen der Mitglieder keineswegs gleichgelagert.

Nichtmitglieder wie Mexiko und Rußland hängen in hohem Maße von Einnahmen aus Ölexporten ab und können sich allenfalls einnahmenneutrale Mengenbeschränkungen leisten (die wiederum allseitige Disziplin erfordern). Selbst das erfolgsverwöhnte Norwegen spricht von einer kritischen Situation.

Unter den Mitgliedern sind zahlreiche Entwicklungsländer, die ihre mittelfristigen Entwicklungsprogramme auf möglichst konstant steigenden Öleinnahmen auf-

gebaut haben, zu denen es keine finanzielle Alternative gibt. Auch die reicheren Exportländer müssten ihre Planungen revidieren.

Außerhalb der Kartellpolitik trifft der Preisverfall paradoxerweise auch einige Importeure. Zwar werden die Importe billiger, was zu begrüßen ist, aber die Ausbeute kleinerer Ölfelder im eigenen Land lohnt vielfach nur bei hohen Weltmarktpreisen, weil sonst die Förderkosten das Handelspreisniveau übersteigen. Das selbe gilt für die teure Exploration weiterer Ölquellen, zumal unterm Meer (»off shore«). Als störend empfunden wird dabei die wieder zunehmende Abhängigkeit von ausländischem Öl, womit – mindestens in den Besorgnissen – der Kreislauf geschlossen wäre.

Deutschland

Außenhandel

1000 Milliarden in Sicht

Erstmals könnten in diesem Jahr die deutschen Exporte den Wert von einer Billion (1000 Milliarden) Mark überschreiten. Die Dynamik des letzten Jahres, das bei Ausfuhren von 889 Mrd. DM einen Rekordüberschuß von 117 Mrd. DM brachte, würde damit fortgesetzt werden: bei nahezu konstanten Preisen ein stolzes Ergebnis.

Der Außenbeitrag wird danach weiterhin die Konjunktur antreiben. Für die gute Beurteilung spricht auch die Tatsache, daß seit dem letzten Jahr die Export-Performance wieder zunimmt. Diesen Begriff gab die OECD dem Quotienten aus der Entwicklung des Exportvolumens, geteilt durch die Entwicklung der Absatzmärkte. Die Performance liegt über 100 %, wenn die Exporte stärker wachsen als die Märkte, in die sie gehen.

Von 1991 bis 1996 verlor Deutschland Weltmarktanteile. Der Performance-Verlust erreichte in diesem Zeitraum insgesamt knapp 17 %. Ab dem letzten Jahr werden 2 bis 3 % jährlich zurückgewonnen. Positiv bemerkbar machen sich die sinkenden Lohnstückkosten, die Zurückführung des Außenwertes der D-Mark sowie die geringe Abhängigkeit von den Krisenregionen.

Electronic Commerce

Mehr Wert ohne Steuer?

Finanzwissenschaftler unterscheiden zwischen Steuerzahlern und Steuerträgern, die Lohnsteuer z.B. wird von den Arbeitgebern gezahlt (also ans Finanzamt abgeführt), aber von den Beschäftigten getragen. Die Zahlung von Steuern, die von anderen getragen werden, gehört zu den steuerlichen Nebenpflichten. Die Unternehmen beklagen nicht ohne Grund, daß sie Lohn- und Kirchensteuer zahlen müssen.

Der Internet-Handel (Electronic Commerce) erfreut sich nicht zuletzt deshalb rasch wachsender Beliebtheit, weil mit Kreditkarten (also sofort) gezahlt wird, die

Steuerpflichten aber (verglichen mit dem Verkauf über die Ladentheke) mangels Evidenz deutlich geringer aus- oder sogar gänzlich entfallen.

Der Finanzminister ist beunruhigt: wegen der offenbaren Ungerechtigkeit und wegen der 900 Mrd. DM Schulden, die er »angehäuft« hat. Schon werden Gedankenspiele diskutiert, in denen, nach bewährtem Muster, Steuerpflichtige figurieren, welche die Steuern »nur« zahlen, nicht tragen sollen: die Banken wieder einmal (»wieder«, weil sie ja auch die Quellensteuer auf Kapitalerträge abführen).

Ob das Rezept durchzusetzen ist, bleibt abzuwarten. Das Problem jedenfalls ist wahrhaft grenzenlos, und die Gefahr, daß der technische Fortschritt, der mit öffentlichen Mitteln gefördert wird, virtuelle Steueroasen schafft, keineswegs gebannt.

Europäische Union

Osterweiterung

Mund auf, Taschen zu

Große Worte sind wohlfeil. An Visionen eines vereinigten Europas bis an die Weichsel, ans Schwarze oder ans Japanische Meer herrscht kein Mangel. Schon sind Beitrittswellen ins Auge gefaßt, Zeitrahmen abgesteckt, werden Fortschritte analysiert, kurz: wird Ernst gemacht – da wachsen diesseits des ehemals eisernen Vorhangs überlebensgroße Zweifel an Mach- und sogar Wünschbarkeit heran.

Polen wurden im Frühjahr Hilfen gestrichen mit der Begründung, das Land habe seine Hausarbeiten schlecht gemacht. Man wende diese Begründung auf die Ergebnisse einer über 40 Jahre lang betriebenen europäischen Landwirtschaftspolitik an und stelle sich die Größe eines durch ordentliche Erledigung der Hausaufgaben legitimierten Agrarhaushaltes vor, verglichen mit dem jetzigen. Oder auf die Verwaltungsreform, die Strukturreform, die ganze Agenda 2000 (noch 15 Monate bis zum Jahr 2000!).

Die Rechner sind geschäftig: Da werden Beitrags- und empfangene Leistungen verglichen, Kosten und Nutzen, Risiken und Chancen. Recht so, die Buchhaltung soll stimmen – aber nicht bestimmen. Visionen werden schrittweise verwirklicht, verlieren dabei an Glanz und gewinnen an Substanz. Recht so, aber kein Grund, sie von Anfang an zu instrumentalisieren im Sinne eines kleinlichen nationalen Nutzenkalküls, das mit dem Geist der Gemeinschaft nicht vereinbar wäre.

Europa hat nicht nur die Chance, die Nachkriegszeit zu beenden und an die besten Traditionen seiner Geschichte anzuknüpfen, es hat zugleich Gelegenheit, mit einer seinen eigenen Wertvorstellungen entsprechenden Praxis die abendländische Position im globalen Wettbewerb der Systeme und Wertordnungen zu unterstreichen.

Strukturförderung

Reform angemahnt

In der Diskussion um die Leistungen des Nettozahlers Deutschlands wird immer häufiger das Argument genannt, man solle sich hierzulande mehr und erfolgreicher um die europäischen Fördermittel bemühen, dann könnte die Höhe der Nettzahlung erheblich verringert werden. Von deutschen Unternehmen und Verbänden wird dazu vorgebracht, daß die europäische Strukturförderung die kleinen und mittleren Unternehmen benachteilige.

Die Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des größten europäischen Strukturfonds, werden in Deutschland eingesetzt, um die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur aufzustocken. Diese Mittel fließen vorzugsweise in Großprojekte der öffentlichen Hand und entlasten die jeweiligen Haushalte. Auftragnehmer sind vor allem Großunternehmen, weshalb die europäische Strukturförderung in ihrer jetzigen Form als mittelstandsfeindlich angesehen wird.

Auf der anderen Seite haben die KMU nicht die Möglichkeit, schon im Vorfeld die Weichen so zu stellen, daß sie Fördermittel mit Aussicht auf Erfolg beantragen könnten. Mittelstandsverbände fordern deshalb eine Umstellung der Förderart: von der Form des verlorenen Zuschusses weg und hin zu mehr Bereitstellung von Wagniskapital ohne Benachteiligung des Handwerks und des übrigen Mittelstandes.

Europäische Investitionsbank

Bank oder Nebenfiskus?

Die EIB, manchmal Hausbank der Gemeinschaft genannt, hat die Weltbank überflügelt, was Kreditvolumen und Emissionen angeht. In die Glückwünsche zum vierzigsten Geburtstag des Instituts mischten sich Besorgnisse ein: immerhin entspricht der EIB-Haushalt inzwischen 30 % des EU-Haushaltes.

Der streng geregelten Haushaltspolitik der Gemeinschaft steht damit ein Ventil zur Verfügung, das den Haushaltsgrundsätzen nicht entspricht. Ausgabendisziplin zum Beispiel ist »gestaltbar«, indem bestimmte Aufgaben der Bank übertragen werden (z.B. Regionalförderung, Arbeitsmarktaufgaben, Transeuropäische Netze). Die erkennbare Politisierung ihrer Aufgaben deutet darauf hin, daß die schlechte Tradition einiger Mitgliedstaaten, das eigene Finanzgebaren durch die Unterhaltung von Nebenfiscen zu verschleiern, auf europäischer Ebene wiedergekehrt ist.

Den Finanzmärkten wird durch die Kreditvergabe an einzelne Mitgliedstaaten die Möglichkeit genommen, Länderrisiken zu berücksichtigen. Die finanzschwächeren Länder haben durch die Bank die Möglichkeit, anstelle ihres eigenen Ratings das (exzellente) Rating der EIB für (indirekte) Anleihen in Anspruch zu nehmen. Die Steuerung über den Markt ist damit ausgeschlossen, ohne daß ein Äquivalent, etwa durch das EWI bzw. die EZB geschaffen worden wäre. Deshalb wird die Entwicklung der EIB gerade auch von Zentralbanken kritisiert.

Amerika

USA

Leine etwas kürzer

Die amerikanische Notenbank hatte in den letzten Jahren keinen Grund, die Leine kurz zu halten, die Konjunktur brummte, die Inflation blieb im Rahmen und die außenwirtschaftliche Verflechtung mit dem Dauerproblem eines enorm hohen Handelsbilanzdefizits war der binnenwirtschaftlichen Steuerung weitgehend entzogen.

Allmählich läßt das Wachstum nach, ziehen die Löhne auf breiter Front an, nimmt die private Verschuldung bedrohliche Formen an, drängen die Asiaten noch stärker in den amerikanischen Markt (und erhöhen das Defizit weiter), stürzen sich schließlich Anleger auf die amerikanischen Aktienbörsen – kurz: Es wird erwartet, daß die Geldpolitik deutlich gestrafft wird.

Ein angenehmer Nebeneffekt betrifft den Bundeshaushalt, der in diesem Jahr mit einem Überschuß abschließen wird. In zehn Jahren sollen die Überschüsse kumuliert 1.600 Mrd. \$ betragen. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß rund 90 % davon in die Sozialversicherung fließen. Quer durch die Parteien hindurch wird deshalb versucht, die historische Chance zu nutzen, das marode Sozialversicherungssystem zu reformieren und wieder lebensfähig zu machen – was es ohne einschneidende Reformen nicht wäre.

Panama

Kanal voll

Das Kartenbild täuscht: Der Panamakanal ist keine Kerbe, die zwei Ozeane miteinander verbindet, sondern ein komplizierter Verkehrsweg für Seeschiffe in einem ökologisch instabilen Umfeld. Der Kanal liegt 25 Meter über dem Meeresspiegel. Die Kapazität des Kanals wird insbesondere von den Schleusen begrenzt, in denen die Schiffe gehoben und gesenkt werden. Jedes Absenken kostet 200 Mio. Liter Süßwasser, das aus dem Gatunsee stammt. In Dürrezeiten müssen schon jetzt die Schiffsbewegungen begrenzt werden.

Die engste Stelle wird derzeit erweitert, danach werden je zwei Schiffe der größten zugelassenen Klasse an jeder Stelle aneinander vorbeifahren können. Dennoch wird die Kapazität etwa im Jahr 2012 erschöpft sein. Eine einfache Lösung gibt es nicht, eine billige natürlich auch nicht. Mit der Verwaltung der Panamakanalzone, die im nächsten Jahr an Panama zurückfällt, übernimmt das Land auch ein großes Problem, das schon jetzt drängt, wenn seine Lösung zeitgerecht verwirklicht werden soll.

Lateinamerika

Die Spannung steigt

Gibt die absehbare Entwicklung Lateinamerikas zu Besorgnis Anlaß, oder drohen umgekehrt Besorgnisse die Entwicklung negativ zu beeinflussen? Von den Börsen, die ihrer Natur nach stets überreagieren, kommen jedenfalls Signale, die eine gewisse nervöse Spannung erkennen lassen.

Schwellenländer kalkulieren immer mehr Hoffnung ein als entwickelte Länder (die dafür mit kleineren Wachstumsraten auskommen müssen). Insofern kann ein Vertrauensverlust schnell kritische Situationen herbeiführen. Nach der asiatischen und der russischen droht deshalb vielleicht auch noch eine lateinamerikanische Krise.

Die Weltmarktentwicklung trifft zur Zeit die Rohstoffexporteure ziemlich hart. Das spüren in Lateinamerika vor allem die Öl- und die Kupferexporteure. Diesem internationalen Konjunkturzusammenhang können sich die Länder von Mexiko bis Chile nicht entziehen. Die Börsenkurse haben seit Jahresbeginn etwa 30 % verloren. Mexiko profitiert von der NAFTA, die südamerikanischen Länder von der Demokratisierungsbewegung, die das eigentliche Vertrauenskapital geschaffen hat (nach Jahrzehnten der Gewalt- bzw. Operettenherrschaft, der Hyperinflation und Mißwirtschaft). Die heute politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen reagieren maßvoll und nachvollziehbar, so daß aus dem Einbruch nicht gleich eine richtige Krise entstehen muß.

Andengemeinschaft

Blick nach Europa

Die Comunidad Andina (CAN), die kleine Schwester des MERCOSUR, welche die Länder Venezuela, Kolumbien, Peru, Bolivien und Ecuador umfaßt, hat sich nach anfänglichen Irritationen gefangen. Im Jahr 2000 will sie mit dem MERCOSUR zusammengehen (als ein Schritt auf dem Wege zu einer Panamerikanischen Freihandelszone), und schon jetzt sucht sie einen eigenständigen Kontakt zur EU.

Im Rahmen eines neuen Euro-Partenariats soll im nächsten Jahr das Gespräch mit Unternehmern aus Europa gesucht bzw. angeboten werden. Die Region kann auf spürbare Reformfolge verweisen, muß allerdings auch eingestehen, noch längst nicht in jeder Hinsicht Weltstandard zu bieten, z.B. in der Rechtssicherheit, die ausländische Investoren erwarten.

Das gemeinsame BIP erreichte 1997 einen Wert von umgerechnet 281 Mrd. \$, das durchschnittliche Wachstum liegt bei über 5 %. Angesichts abschmelzender Wachstumspole in Asien und in Osteuropa, gewinnt der lateinamerikanische Raum – trotz aller Schwierigkeiten und Risiken – an Attraktivität, mindestens als Standort für die Herstellung von Produkten, die dort abgesetzt werden sollen.

Bolivien

Im Fadenkreuz

Bolivien blickt auf eine seit elf Jahren ununterbrochene Wachstumsphase zurück, begleitet von Reformen, die in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds durchgeführt werden. Die Regierung betont mit Stolz, daß trotz der Lockungen der Prosperität an den Bedingungen festgehalten werde, daß die Rechte der indianischen Bevölkerung und der Schutz der Umwelt, speziell des Regenwaldes, nicht angetastet werden dürfen – von wem auch immer.

Die weitere Entwicklung wird in verbesserten wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb der Andengemeinschaft sowie mit den Nachbarn des MERCOSUR gesehen. Die geplanten Schnellstraßen von Kolumbien nach Chile und von Brasilien an den Pazifik kreuzen Bolivien in Nord-Süd- und in Ost-West-Richtung und sollen den Aufschwung begünstigen. Der Ökotourismus nimmt zu, an Fünf-Sterne-Hotels in der Dschungelregion herrscht kein Mangel mehr – die aus Verantwortung verordneten Restriktionen führen nicht notwendigerweise zu wirtschaftlichen Nachteilen.

MERCOSUR

Bauernkrieg

Der MERCOSUR ist regional erfolgreich und strebt nun, vor allem auf Drängen seines stärksten Mitgliedes, Brasilien, eine Vertiefung der Beziehungen zur EU an. Umgekehrt besteht ebenfalls Interesse. 1995 war eine Kooperation zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken beschlossen worden, nach ausgiebigem gegenseitigem Beschnuppern soll im nächsten Jahr eine Bestandsaufnahme aller Handelshemmnisse vorgelegt werden mit dem Ziel, die bilateralen Hürden nach und nach tiefer zu legen.

Die Vorgespräche geben der Hoffnung auf einen schnellen Erfolg allerdings wenig Raum: Die Stärke der Südamerikaner, die Landwirtschaft, bedroht die EU an ihrer schwächsten Flanke. Eine Kooperation, welche die Landwirtschaft ausspart, liegt umgekehrt nicht im Interesse des MERCOSUR. Das Beispiel zeigt deutlich, daß der Schutz nicht konkurrenzfähiger Wirtschaftszweige zu Lasten leistungsfähiger Branchen gehen kann, also möglicherweise insgesamt mehr schadet als nützt (von den Kosten für Steuerzahler und Verbraucher einmal abgesehen).

Asien und Australien

China

Alles im Fluß

Die sinkende Nachfrage in den Weltmärkten macht den Exporteuren das Leben absolut schwer. Die Schwäche der anderen asiatischen Währungen gibt dem (nicht

konvertiblen) Renminbi Yuan eine Stärke, die chinesischen Exporteuren das Leben zusätzlich auch noch relativ schwer macht. Verlässliche Zahlen sind wie stets nicht zu haben, das Wachstum der chinesischen Wirtschaft dürfte sich aber merklich abgeschwächt haben (auf etwa 5,5 % anstelle der prognostizierten 8 %).

Wenn der Yen nicht weiter nachgibt, könnte der Yuan gehalten werden (zumal eine Abwertung in dieser Situation unkalkulierbare Risiken birgt: das Bild brechender Deiche drängt sich auf). Der Druck auf den (an den US-Dollar) gebundenen Hongkong-Dollar erodiert bereits die Währungsreserven (das »Eingemachte« des einst prosperierenden Stadtstaats). Es wird bereits spekuliert, daß der US-Dollar den Hongkong-Dollar ganz offiziell ersetzen könnte.

Die Binnenkonjunktur lahmt, die Preise fallen, die Nachfrage geht zurück. Alle Versuche, durch staatliche oder staatswirtschaftliche Angebote (allein die Volksarmee betreibt etwa 12.000 Unternehmen) Geld in die öffentlichen Kassen zu leiten, um die dringend notwendigen Reformen finanzieren zu können, scheitern mehr oder weniger. Schätzungsweise 20 % Arbeitslose, dazu die Flutopfer (die Anzahl der Betroffenen reicht aus, um ganze Kontinente zu besiedeln) schaffen ein Klima des Attentismus. Der Wiederaufbau wird Kräfte freisetzen, die der Konjunktur wieder aufhelfen, heißt es inzwischen in chinesischen Regierungskreisen: Ist das Zynismus oder realistisches Kalkül?

Japan

Konzern vor der Entflechtung?

Die relative Geschlossenheit des japanischen Staats- und Wirtschaftskomplexes hat lange Zeit zur Stärke, insbesondere zur Exportstärke des »Japan-Konzerns« beigetragen. Die Eigenart des japanischen Weges brachte es mit sich, daß die größte Bestätigung von innen kam, als Selbstbestätigung, und daß Kritik, die im Innern nicht aufkam, als von außen, das heißt von nichtjapanischen Interessen geleitet, abgetan wurde. Seit sechs Jahren krankt das einstige Erfolgsmodell.

Es fällt auf, daß die Mißstände vor allem den finanziellen Bereich betreffen: das fiskalische System, den Sektor der privaten und der öffentlichen Banken und schließlich den Wert des Yen. Das hat wohl damit zu tun, daß unter den Aggregatgrößen der Makroökonomie die finanziellen Größen, die aus dem selben »Stoff« bestehen, eine eigene Realität entfalten, während die realwirtschaftlichen Größen als Aggregate eine (statistische) Fiktion darstellen.

Alle drei Aspekte weisen auf den Staat hin: auf seine Steuerhoheit und sein Ausgabegebaren, auf seine Geld- und Währungspolitik und schließlich auf die Bankenaufsicht, speziell im Bankenbereich auch auf ausstehende Privatisierungen. Die wirtschaftlichen Rezepte, ob sie von innen oder außen kommen, sind deshalb stets nicht nur an die Verantwortlichen, sondern gewissermaßen auch direkt an die Schuldigen gerichtet, was entsprechende Empfindlichkeiten anspricht und eine rasche, von wirtschaftlicher Vernunft getragene Umsetzung offenbar verhindert.

Ökonomisch begründete Reformvorschläge nehmen naturgemäß wenig Rücksicht auf die japanische Mentalität. »Deficit spending« durch Steuerverzicht verstößt gegen die Tugend des Sparens, Verzicht auf staatliche Wirtschaftstätigkeit und auf staatliche Wirtschaftslenkung über die übliche wirtschafts- und finanzpolitische Rahmengesetzgebung hinaus schwächt den Staat, bei Öffnung der Grenzen drohen Verdrängung eigener Produkte durch fremde und eine Schwächung der Außenwirtschaftsposition. So spannend die Prozesse für Beobachter sind – man wünscht sich, und durchaus wohlmeinend, deren Abkürzung.

Afrika

Ostafrikanische Gemeinschaft

Wiederbelebung

Die Anrainerstaaten des Viktoriasees, Kenia, Tansania und Uganda, wollen die vor 20 Jahren zuletzt gescheiterte und 1993 neu vereinbarte Ostafrikanische Gemeinschaft wieder beleben. Die 1996 konkret begonnene Zusammenarbeit soll jetzt in eine wirkliche Gemeinschaft münden. Ruanda hat die Aufnahme beantragt, Burundi zeigt Interesse daran.

Frühere Versuche, die bis zum Beginn des Jahrhunderts zurückreichen, waren politisch motiviert und scheiterten zugleich an den jeweiligen politischen Verhältnissen bzw. Figuren (zuletzt an dem ugandischen Diktator Amin). Die Politik in dem Raum hat sich zwar etwas beruhigt, aber keineswegs ideale Verhältnisse für eine weitgehende Union geschaffen: Diesmal ist es deshalb auch die Privatwirtschaft der beteiligten Länder, die den Motor der Entwicklung bildet.

Die Motive sind, je nach Lage, recht unterschiedlich, gemeinsam ist allen Staaten, daß sie ein Gegengewicht zu der mehr und mehr erstarkenden südafrikanischen Wirtschaft bilden wollen. Die Pläne, deren Aussichten auf Realisierung noch nicht recht zu beurteilen sind, schließen selbst eine politische Union mit gemeinsamer Zentralregierung nicht aus. Wenn es gelingt, auf diese Weise eine Friedensinsel in einer von Kriegen geschüttelten Region zu bilden, ist der neue Versuch alle Anstrengungen und auch Unterstützung von außen wert.

Europa

Irland

Wachstumspol, Randlage

Das Leitmotiv der »Dubliner«-Geschichten von James Joyce war die »Paralyse«, die Lähmung; die Sorge der Dubliner heute ist die Überhitzung der Konjunktur. Die reiche irische Literatur hat die Bilder der Armut bewahrt, die seit einigen Jahren mehr und mehr verblassen. Früher war die eigene Bevölkerung der einzige »Export-

schlager« des Landes, heute herrscht Arbeitskräftemangel. Früher wurde die Abhängigkeit von Großbritannien beklagt, heute wünschen sich viele, Irland wäre, wie der große Nachbar, der Europäischen Währungsunion noch nicht beigetreten.

Die stürmische und dabei, wie stets, ungleichmäßige Entwicklung mit einem Wachstum von über 40 % seit 1992, dem höchsten aller OECD-Mitglieder, zeigt neben großen Erfolgen in der Elektronikindustrie und im Export auch drastische Preisanstiege im Immobilienbereich und bei den Löhnen (gedämpft durch eine Kompensation nach original irischem Rezept: Lohnverzicht gegen Steuerverzicht). Die Konjunktur des Landes verlangt Zinserhöhungen zur Dämpfung von Export und Preisauftrieb, die Maastricht-Kriterien für den EWU-Beitritt verhindern dies und damit zugleich die Synchronisierung der irischen mit der britischen Wirtschafts- und Währungspolitik.

Gegen die EWU und die Implikationen des irischen Beitritts zu wettern, ist aber Ausdruck einer Kurzsichtigkeit, die übersieht, das der allseits begrüßte Aufschwung ohne den Beitritt nicht möglich gewesen wäre. Nebenbei bemerkt, erzielt das Land inzwischen Wanderungsgewinne durch Rückkehrer aus Großbritannien und Amerika, begleitet von britischen Gastarbeitern.

Die Maastricht-Kriterien sind Indikatoren der Konvergenz, nicht die Konvergenz selber. Das Beispiel Irlands zeigt, wie weit auseinander EWU-Mitglieder sich entwickeln können, ohne gegen die Kriterien zu verstoßen. Das liegt zum Teil daran, daß die Europäische Zentralbank ihre Arbeit erst im nächsten Jahr in vollem Umfang aufnehmen kann, aber nicht nur: Es bleiben zu viele Rädchen, an denen die EZB nicht drehen kann, es bleibt, kurz gesagt, der Abstand zwischen der Währungs- und der politischen Union bestehen.

Spanien

Nehmerqualitäten unterstrichen

Die agile spanische Wirtschaft mit ihren Erfolgen im eigenen Land, in der Gemeinschaft und nicht zuletzt im lateinamerikanischen Raum ist von der agilen spanischen Politik aus den Schlagzeilen gedrängt worden – kein Wunder, wenn das Land derart massiv bedroht wird, daß die Regierung reagieren muß.

Die EU-Osterweiterung führt der Gemeinschaft bekanntlich vorerst keine neuen Nettozahler zu. Das Beitragsvolumen ist derzeit auf 1,27 % des gemeinsamen Bruttoinlandsproduktes begrenzt. Wer also soll die Kosten der Erweiterung tragen? – ausgerechnet die armen Mitglieder, die bisher von den Transferzahlungen profitieren. Soweit die Bedrohung.

Mit »*gimme more*« läßt sich in Brüssel bekanntlich nichts erreichen, deshalb wird die Forderung erstens in eine objektive Form gebracht und zweitens eine Allianz der potentiell Betroffenen geschmiedet. Ergebnis: Mehrere Mitgliedstaaten (Spanien, Portugal und Griechenland als Antragsteller, dazu Italien als verfahrensmäßig mitbegünstigt) machen den Vorschlag, die Beitragsmessung in einer Weise zu

verändern, die dem Geist der EU-Abkommen hinsichtlich der Angleichung der Lebensverhältnisse besser entspricht als das derzeitige, welches ohnehin zur Revision ansteht.

Das G'schmäckle bleibt. Dem Geist der Gemeinschaft entspricht ein durch puren Eigennutz motivierter Vorschlag grundsätzlich nicht, egal, worin er im einzelnen besteht. Ein stolzes EWU-Mitglied darf durchaus auf zinsgünstige Darlehen anstelle von Transferzahlungen hingewiesen werden. Die Zinsen dienen ja nicht zuletzt einer Lenkung in lohnende Investitionen. Im übrigen lassen sich mit 1,27 % des BIP enorme Kräfte entfesseln, wenn die Lenkung in produktive Verwendungen stärker beachtet würde. Vorschläge *hierzu* sind stets willkommen.

Norwegen

Auf und Ab der Monokultur

Der zweitgrößte Erdölexporteur der Welt erlebt die Talfahrt der Erdölpreise als einen Erdbeben. Der sprudelnde Reichtum einer lehrbuchmäßigen Monokultur ließ viele Politiker die Lehren mißachten, die mit Monokulturen immer wieder gemacht werden und die von Fachleuten auch immer vorgebracht worden sind. Die Ansprüche wuchsen, die Löhne stiegen rasch (in der Folge von Streiks, denen kein Widerstand entgegengesetzt wurde), und die private Verschuldung nahm zu angesichts von Budgetüberschüssen in der Staatskasse.

Jetzt bleiben Einnahmen aus, steigt das Preisniveau kräftig an und liegen die Kreditzinsen (nach der siebten Leitzinserhöhung in diesem Jahr) wieder im zweistelligen Bereich: Bei kalkulierten und durch keine Festzinsvereinbarung gesicherten 5 % für private Hypotheken ist das für viele Haushalte ein dicker Strich durch die Vermögensbildungspläne.

Eine direkte Belastung für die Europäische Union (und die EWU) ergibt sich nicht daraus, da Norwegen kein Mitglied ist. Umgekehrt ist allerdings nicht auszuschließen, daß der im Entstehen begriffene EURO-Block die Volatilität der Norwegischen Krone ungünstig beeinflussen und so die derzeitigen Turbulenzen verstärken wird.

Rußland

Am Abgrund

Der kampflos gewonnene Wettbewerb der Systeme braucht offenbar die Geste der Generosität, um den Abstand zwischen Siegern und Unterlegenen gehörig zu markieren und so doch noch etwas Glanz abzuwerfen. Mit wirtschaftlicher Vernunft oder auch nur mit gut gemeinter Hilfe haben die Rußland-Kredite jedenfalls nicht viel zu tun.

Mehr als zwanzig Milliarden Dollar, in ein Faß ohne Boden geworfen, sind ein hoher Preis, wenn man bedenkt, daß es die Steuerzahler der IWF-Mitglieder sind, die dafür aufkommen müssen, und wenn man sich vorstellt, in wessen Taschen

diese unvorstellbaren Summen geflossen sind. Immerhin muß man anerkennen, daß die Spekulanten gegen den Rubel mehr Sachverstand bewiesen haben als die Kreditgeber.

In der Folge der Finanzkrise fehlt Kapital. Die importierten Konsumgüter haben die Dollar-Kredite förmlich abgesaugt, bis der Rubelkurs nicht mehr zu halten und das Vertrauen endgültig erschüttert war. Die Wirtschaft kehrte zum Kompensationsgeschäft (»barter trade«) zurück. Das funktionierte früher offiziell, jetzt inoffiziell und mit dem Unterschied, daß heute dem Staat die Steuern auf die Wertschöpfung entgehen, die Not mithin dadurch noch größer wird. Hinzu kommt die Not der Bevölkerung, welche die neuen Inflationsschübe nicht verkraften kann, und die Not der Staatsdiener, deren Besoldung ausbleibt.

Ein nennenswerter politischer oder wirtschaftlicher Gegenwert ist nicht erkennbar. Für weitere Kredite fehlt das Geld, ihr Nutzen wäre auch kaum zu begründen. In politischen Kreisen jeglicher Couleur mehren sich die Stimmen, daß das Land mit viel Geld an den Abgrund geführt wurde.

Ein Standardwerk neu vorgestellt

EURO-Adressen

Handbuch der Behörden, Institutionen und Experten der Europäischen Union

Deutscher Wirtschaftsdienst, Köln. Loseblattwerk in 1 Ordner. Ca. 1250 Seiten. 148 DM (zur Fortsetzung). ISBN 3 87156 098 7.

Der Europäische Binnenmarkt ist Realität, der EURO wird die Mitgliedstaaten noch enger zusammenschmieden. Ein nationales Adreßbuch reicht nicht aus, wenn es darum geht, sich stets zuverlässig darüber informieren zu können, wer wofür zuständig und wie er oder sie zu erreichen ist.

Das Handbuch behandelt die Gemeinschaftseinrichtungen der Europäischen Union, die einzelnen Mitgliedstaaten und – besonders ausführlich – die Bundesrepublik Deutschland. Schaubilder erleichtern die Übersicht, detaillierte Verzeichnisse führen rasch zum Ziel.

Vorgestellt werden der organisatorische Aufbau in feiner Verästelung sowie die Namen der Stelleninhaber und ihre Funktionen innerhalb der Behörde. Breiten Raum nehmen dabei die Behörden und Institutionen sowie die (gegenseitigen) diplomatischen und konsularischen Vertretungen ein. Aber auch Kammern, Interessenvertretungen und die wichtigsten Wirtschaftsverbände sind einbezogen.

Ab November wird das gedruckte Werk ergänzt um eine CD-ROM, die weitere komfortable Suchmöglichkeiten bietet. Die gefundenen Adressen können auch »exportiert«, zum Beispiel in das Anschriftenfeld eines Briefes übergeben werden: abschreiben überflüssig.

Für Mailing-Zwecke ist die CD nicht geeignet. Wer speziell an dieser Form der Nutzung interessiert ist, kann sich mit seinem Wunsch an den Verlag wenden.

Erstdruck in: Außenwirtschaftsbrief 5/98. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming. Köln, Oktober 1998: Deutscher Wirtschaftsdienst.